Die Untersuchung schließt mit einer Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Arbeit zwar keine wesentlich überraschenden Schlussfolgerungen generiert, das sehr komplexe und an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Recht liegende Thema jedoch sehr kenntnisreich und umfassend aufarbeitet. Dabei stellt gerade der Blick über den juristischen Tellerrand hinaus und die sehr intensive Befassung mit der „fachfremden“ nordamerikanischen Literatur interessante Aspekte des Themas heraus.

Insgesamt handelt es sich um ein sehr lesenswertes Werk für all diejenigen, die sich mit dem Neugeborenen-Screening, aber auch mit der Frage des Gendatenschutzes und der Anwendung des GenDG unter Berücksichtigung der aktuellen technischen Möglichkeiten befassen wollen.

DOI: 10.1007/s00350-014-3650-2

Münchener Anwaltshandbuch Medizinrecht.

Herausgegeben von Michael Terbille, Tilman Clausen und Jörn Schroeder-Printzen. Verlag C.H. Beck, 2. Aufl. München 2013, XXIII u. 1695 S., Ln., €189,00

Seit dem Erscheinen der 1. Auflage im Jahr 2009 hat der Gesetzgeber vielfältige Aktivitäten entfaltet. Dieser Umstand und auch die seitdem ergangene Rechtsprechung haben nach vier Jahren eine grundlegende Überarbeitung des Handbuches erforderlich gemacht. Das im Februar 2013 in Kraft getretene Patientenrechtegesetz wurde ebenso eingearbeitet wie die einschlägige umfangreiche Rechtsprechung der vergangenen Jahre. Das Werk wurde außerdem thematisch deutlich erweitert. Zu nennen sind hier zum Beispiel der Beitrag von *Mestwerdt* über das Vergaberecht im Gesundheitswesen sowie der Beitrag von *Hellweg* und *Beitz* zur Transplantations-, Transfusions- und Reproduktionsmedizin. Das Medizinrecht beinhaltet nicht nur die ärztliche Tätigkeit, sondern auch das Recht der nichtärztlichen Komplementärberufe. Dem trägt die Neuauflage nunmehr Rechnung; das Recht der nichtärztlichen Leistungserbringer wird im Beitrag von *Möwisch/Hübner/Bährle* behandelt. Der wachsenden Bedeutung des Arbeitsrechts aufgrund seiner Verzahnung in der medizinischen Versorgung wurde durch einen neuen Beitrag speziell zu diesem Themenkomplex Rechnung getragen, der von *Thomae* und *Rothfuß* bearbeitet wurde.

Die Neuauflage bringt das Handbuch auf den Stand Juli 2013. Der Praxisbezug wurde noch deutlicher in den Vordergrund gerückt. Die Reihe der Münchener Anwaltshandbücher zeichnet sich durch ihre integrierte, mandats- und praxisorientierte Darstellungsform aus. Zahlreiche Checklisten, Formulierungsvorschläge, Muster, Praxis-tipps und Fallbeispiele führen den Rechtsanwalt sowohl im Rahmen seiner Beratungstätigkeit als auch bei der Prozessvertretung stets zu einer schnellen und erfolgreichen Problemlösung. Das Medizinrecht berührt als „Schnittmengenmaterie“ verschiedene Rechtsgebiete, wie das Zivil-, Straf-, Sozial-, Verwaltungs- und Berufsrecht. Bei der Bearbeitung medizinrechtlicher Mandate sind deshalb fundierte Kenntnisse in allen diesen Gebieten erforderlich. Das Handbuch ermöglicht es dem Leser, sich schnell in die zahlreichen Teilgebiete des Medizinrechts einzuarbeiten und den Fall seines Mandanten, sei er nun Leistungsträger, Leistungserbringer oder Patient, effektiv und zielstrebig einer Lösung zuzuführen. Auch als Nachschlagewerk ist das Handbuch bestens geeignet. Dies gilt ebenso für die Verwendung im Rahmen der Fachanwaltsausbildung. Der Inhalt des Werkes geht dabei über den Fächerkanon der FAO noch deutlich hinaus. So finden sich in dem Handbuch auch Kapitel zum Veterinärhaftungsrecht und zum Berufsrecht der Veterinäre.

Fazit: Das Warten auf die Neuauflage hat sich gelohnt. Das Handbuch gehört auf den Schreibtisch eines jeden Fachanwalts für Medizinrecht und ist darüber hinaus auch für alle nur gelegentlich im Medizinrecht tätigen Rechtsanwälte sowie zur Vorbereitung auf den Erwerb des Fachanwaltstitels bestens geeignet. Aber auch Richter, Medizinrechtler in Verbänden, Krankenhäusern, Behörden, Unternehmen, Krankenkassen und Versicherungen werden von dem Werk profitieren.

Rechtsanwalt Rudolf Günter, Fachanwalt für Medizinrecht,
WOTAXlaw Partnerschaftsgesellschaft,
Aachen, Deutschland

Medizinische Eingriffe bei Minderjährigen – Eine rechtsvergleichende Untersuchung zum Schweizer und deutschen Recht.

Von Virgilia Rumetsch. Verlage Helbing & Lichtenhahn, Basel, und Nomos, Baden-Baden 2013, 318 S., kart., €54,00

I. Verf. geht der seit langem umstrittenen Frage nach, wer der Vertragspartner und wer der richtige Adressat für die Einwilligung bei medizinischen Heileingriffen an Minderjährigen ist. Die Frage wird rechtsvergleichend für das deutsche und schweizerische Recht untersucht (s. auch jüngst *Gleixner-Eberle*, Die Eingriffe in die medizinische Behandlung Minderjähriger im Rechtsvergleich mit Österreich und der Schweiz, 2014).

Bevor in Kapitel 3 die Kernfrage thematisiert wird, wann der Minderjährige selbst und allein in einen Eingriff einwilligen kann und wann es einer Zustimmung der Eltern bedarf, werden zunächst in Kapitel 2 Geschäftsfähigkeit und Vertragsschluss erörtert.

II. In beiden Ländern kennt man die Dreiteilung: Geschäftsunfähigkeit – beschränkte Geschäftsfähigkeit – Geschäftsfähigkeit. Uneinheitlich ist die Terminologie, weil die Geschäftsfähigkeit in der Schweiz Handlungs- bzw. Urteilsfähigkeit heißt. Während die Rechtsfolgen ähnlich sind, besteht bei den Voraussetzungen ein Unterschied. In der ersten Gruppe (0–6 Jahre) können die Minderjährigen in beiden Ländern keine wirksamen Verträge schließen. In der zweiten Gruppe (7–18 Jahre) ist dies eingeschränkt unter bestimmten Umständen möglich, wie eigenes Vermögen, eigener Arbeitserwerb usw. In der Schweiz wird aber für die zweite Gruppe nicht auf ein bestimmtes Alter abgestellt, sondern auf die individuelle Reife (relative Urteilsfähigkeit). Diese Regelung findet man in Deutschland nur bei der Deliktsfähigkeit. Im Vertragsrecht hingegen kann der Minderjährige ungeachtet seiner Urteilstkraft nur solche Geschäfte vornehmen, durch die er lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt oder für die eine (auch konkludente) Zustimmung vorliegt.

III. Das deutsche Recht kennt allerdings eine Spezialregelung der sozialrechtlichen Geschäftsfähigkeit nach § 36 SGB I. Danach können Minderjährige nach Vollendung des 15. Lebensjahres im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung selbst Leistungen in Anspruch nehmen.

In der Privaten Krankenversicherung und im Recht der staatlichen Beihilfe haben mitversicherte Personen dagegen nach dVVG und BGB keinen eigenen Anspruch i.S. eines echten Vertrages zugunsten Dritter (S. 16f., 22ff.).

Die Schweiz kennt keine gesetzliche Krankenversicherung i.S. des deutschen Rechts, sondern (nur) ein bei privaten Versicherungen abzuschließendes Obligatorium, das eine Grundversorgung gewährleistet.

Für den die obligatorische Krankenversicherung überschreitenden Bereich der Zusatzversicherung gilt das allgemeine chVVG (S. 33f.).

Im Unterschied zum deutschen Recht enthält weder das schweizerische KrankenversicherungsG (KVG) noch das Gesetz über den Allg. Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) eine Bestimmung über krankenversicherungsrechtliche Handlungsfähigkeit. Maßgeblich ist vielmehr die allgemeine Regelung von Art. 19 ZGB.

Einerseits bedürfen Minderjährige zum Abschluss von Verträgen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (Art. 19 Abs. 1 ZGB). Andererseits können sie nach Art. 19 Abs. 2 ZGB „Rechte, die ihnen um ihrer Persönlichkeit willen zustehen ohne Zustimmung ausüben“, was insbesondere bedeutet, dass die Einwilligung zu einem ärztlichen Eingriff durch den urteilsfähigen Minderjährigen (allein) erteilt wird. Es bedeutet aber nicht, dass sie auch Verträge allein abschließen können, weil sie sich nicht verpflichten können.

Allerdings kann, insbesondere bei medizinisch notwendigen Maßnahmen, von der konkludenten Zustimmung der Eltern ausgegangen werden. Diese resultiert aus der elterlichen Fürsorgepflicht. Verweigern die Eltern die Zustimmung, so müssen die Vormundschaftsbehörde eingeschaltet und Kinderschutzmaßnahmen ergriffen werden (Artt. 307f. ZGB).

Verträge über medizinisch nicht (dringend) notwendige und kostenintensive Behandlungen können in der Regel nur mit Zustimmung der Eltern geschlossen werden (z. B. Schönheitsoperationen).

Prof. Dr. iur. Heinrich Honsell,
Salzburg, Österreich